

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

150. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 01. April 2009

Antrag 05

Psychische Erkrankungen

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien spricht sich für mehr und bessere Präventivmassnahmen gegen arbeitsbedingte psychische Erkrankungen aus und fordert die Regierung auf, dahingehend tätig zu werden.

Arbeitsbedingte Erkrankungen bedeuten nicht nur Leid und Schmerzen für die betroffenen Menschen, sie verursachen darüber hinaus auch noch enorme Kosten. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten bei psychischen Schäden durch die Arbeitsbelastung sind nach Schätzungen der AK Wien mittlerweile genauso hoch wie bei den Schäden durch physische Arbeitsbelastungen, nämlich mindestens 2,8 MD Euro pro Jahr oder 1,2 bis 1,3 Prozent des BIP. Tendenz steigend.

Da aber der Zusammenhang zwischen psychischen Erkrankungen und Arbeitsplatzbelastung noch schwerer zu belegen ist als bei den physischen Belastungen, sind die Zahlen wahrscheinlich noch höher. Erkrankungen wie z.B. Burn-Out werden oft über lange Zeit nicht erkannt, und könnten im Anfangsstadium viel leichter geheilt und behandelt werden, als dann im Endstadium, wo der völlige seelische und körperliche Zusammenbruch bereits eingetreten ist.

Mit einer besseren Vorsorge und gezielter Unterstützung könnte viel an Leid und Kosten vermieden werden.

Wichtige Maßnahmen wären z.B.

- Früherkennung von Burn-Out oder Burn-Out-Gefährdung, oder Depressionen (z.B. durch Testverfahren).
- Gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Mitarbeiterzufriedenheit (Impulstest, etc.).
- Einsatz von mehr Arbeitspsychologen in den Betrieben (neue und bessere gesetzliche Regelung).
- Gezielte Beratung und bessere Maßnahmen gegen Mobbing und Bossing.
- Evaluierung der sozialen Kompetenz von Führungskräften in Betrieben.
- Regelmäßige Erhebung der psychischen und physischen Arbeitsbelastung (Arbeitspsychologe).
- Schulung von Betriebsräten, Personalvertretern, SVPs.
- Bessere gesetzliche Regelungen zur Einforderung der Fürsorgepflicht der Dienstgeber gegenüber den Bediensteten.